Erläuterungen:

Die Verwaltung hat den Entwurf des Jahresabschlusses 2014 fertig gestellt. Demnach schließt das Haushaltjahr 2014 in der Ergebnisrechnung mit einem Überschuss in Höhe von rd. 3,2 Mio € (davon aus dem Jugendamtshaushalt rd. 1,6 Mio €) ab. Der Haushalt 2014 war in der Planung ausgeglichen.

Deutliche Verbesserungen ergaben sich bei den Erträgen und Aufwendungen im Beteiligungsbereich (rd. 9,9 Mio €), wofür insbesondere geringere Verlustausgleichszahlungen an die Kreisholding ursächlich waren. Dies ist vor allem auf höhere Ausschüttungen der RSAG und der GWG sowie geringere Verkehrsverluste bei der RSVG und LVG zurückzuführen. Darüber hinaus trägt eine um 0,9 Mio € höhere Ausschüttung der BRS zu diesem positiven Ergebnis bei. Diesen Verbesserungen stehen jedoch erhebliche Verschlechterungen bei den sozialen Transferleistungen (rd. 8,3 Mio €) gegenüber.

Weiterhin ist eine Verbesserung im Bereich des Jugendamtes zu konstatieren, die im Wesentlichen auf höhere Erträge aus der Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt (+ 1,5 Mio €) zurückzuführen ist. Zwar ergaben sich bei den Jugendhilfeleistungen gegenüber der Haushaltsplanung zum Teil erhebliche Mehraufwendungen, die jedoch durch höhere Erträge aus Kostenerstattungen von anderen Jugendhilfeträgern kompensiert wurden. Da sich dieser Effekt aufgrund einmaliger, rückwirkender Abrechnungen in mehreren Kostenerstattungsfällen ergab, ist zu erwarten, dass sich die Ertragssituation an dieser Stelle bereits ab 2015 wieder normalisieren dürfte.

Detaillierte Informationen zu den eingetretenen Veränderungen im Kreishaushalt 2014 erhalten Sie in Kürze mit Zuleitung des Jahresabschlussentwurfs an den Kreistag.

Insgesamt wurden aus dem Jahr 2014 auf Basis der vom Kreistag in seiner Sitzung am 14.03.2013 beschlossenen Richtlinien nicht in Anspruch genommene Ermächtigungen des Ergebnishaushalts im Umfang von 2.681.890,- € (davon 1,4 Mio € aufgrund von Verzögerungen bei Gebäudesanierungen, insbesondere Berufskolleg Hennef) sowie Ermächtigungen für Investitionen im Umfang von 23.795.000,- € in das Haushaltsjahr 2015 vorgetragen. Eine Übersicht hierzu ist als Anhang 1 beigefügt.

Die übertragenen Ermächtigungen resultieren aus entsprechenden Ergebnisverbesserungen im Jahr 2014, belasten jedoch kommende Haushaltsjahre im Umfang ihrer jeweiligen Inanspruchnahme.

Als Anhang 2 wird eine Aufstellung zu den über- und außerplanmäßig genehmigten Aufwendungen zur Kenntnis gegeben.

Mit Beschluss vom 18.05.2010 beauftragte der Finanzausschuss die Verwaltung, über das **Gebührenkonto RSAG** regelmäßig per 31.12. eines jeden Jahres zu informieren sowie die mit der RSAG geschlossenen Darlehensverträge nachträglich dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Der Gebührenhaushalt schloss im Jahr 2014 mit einem **Fehlbetrag von 2.261.195,97 €** ab. Darin berücksichtigt sind die aus der als Sonderposten in der Bilanz des Kreises nachgewiesenen Schadenersatzleistung ("Trienekens-Entschädigungszahlung" aus 2009) in 2014 erzielten Zinserträge in Höhe von 198.956,87 €.

Unter Berücksichtigung der Fehlbetragsabdeckung 2014 ergibt sich zum 31.12.2014 ein **Restbestand im Sonderposten von 10.609.357,02 €**.

Der Darlehensbestand aus den der RSAG in 2010 gewährten Darlehen beläuft sich per 31.12.2014 auf 4.730.817,42 €. Im Jahr 2014 wurden keine neuen Darlehen vergeben.

Weiteres Verfahren:

Die nach § 95 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeordnung NRW (GO) vorgeschriebene Zuleitung des vollständigen Entwurfs des Jahresabschlusses (inkl. Bilanz mit Anhang, Lagebericht, Ergebnis- und Finanzrechnung) an die Kreistagsabgeordneten erfolgt in den nächsten Wochen. Hieran schließt sich die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach § 101 GO sowie die Beratung im Finanzausschuss an.

Im Anschluss an die Prüfung stellt der Kreistag bis spätestens zum 31.12.2015 den Jahresabschluss fest und entscheidet über die Entlastung des Landrats. Gleichzeitig beschließt der Kreistag entsprechend § 96 Abs. 1 Satz 2 GO über die Verwendung des Jahresüberschusses.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Im Auftrag

(Udelhoven)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2015